



Betriebszeitung des
Gewerkschaftlichen Linksblocks
in der Gewerkschaft
der Gemeindebediensteten



Gemeinde-Forum

Ausgabe: 6/2006

Wilhelminenspital – Der Privatisierungszug fährt ab

Nun ist also die Katze aus dem Sack. Das an das Wilhelminenspital angrenzende Pensionistenwohnhaus soll abgerissen und mit einer Verbindung zum Spital schöner, besser, (und vermutlich auch größer) neu errichtet werden.

All das ist notwendig, weil das bestehende Objekt nicht zur Gänze den Bestimmungen des neuen Pflegeheimgesetzes entspricht.

Die Verbindung zum Krankenhaus garantiere darüber hinaus im Ernstfall eine bessere und schnellere medizinische Betreuung der HeiminsassInnen, als das bis dato der Fall ist.

Soweit die offizielle Lesart.

Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, steckt allerdings noch in bissl mehr dahinter: Der Abriss und anschließende Neubau eines Pensionistenwohnhauses ist mit Errichtungs- und Betriebskosten verbunden, die sich die Stadt Wien nicht leisten kann oder will. (Ich persönlich vermute eher zweiteres).

Aus diesem Grund ist es leider unumgänglich, auch in diesem Fall, ähnlich wie beim geplanten Krankenhaus in Floridsdorf, ein sogenanntes Public-Private-Partnership-Modell zur Anwendung zu bringen.

Das heißt auf gut deutsch nichts anderes, als dass die Stadt Wien gemeinsam mit einem oder mehreren privaten Financiers zusammenarbeiten will, um dieses Projekt zu realisieren.

Private Investoren haben allerdings, wie man weiß, die schlechte Angewohnheit, ihre Investitionen nicht nur irgendwann zurückzuverlangen, sondern erwarten darüber hinaus auch noch einen Gewinn.

Dummerweise ist ein solcher nur dann erzielbar, wenn der Betrieb dieser neuen Einrichtung (vermutlich werden Krankenhaus und Pensionistenwohnhaus von einer gemeinsamen Direktion aus betreut werden), nach streng privatwirtschaftlichen Kriterien erfolgt.

Was das für die Bediensteten bedeutet, kann man sich leicht ausmalen, wenn man sich ansieht, wie diese Dinge bei der Post oder der ÖBB gehandhabt werden.

Ich fürchte, das AMS wird in diesem Zusammenhang viel zu tun bekommen,



meint Euer Odranoel



Gewerkschaft am Abgrund!

Unsere Gewerkschaft, so wie wir sie heute kennen, entwickelte sich in Jahrzehnten oder besser gesagt in Jahrhunderten zu dem, was sie heute ist oder besser gesagt, was sie sein sollte „eine Arbeiterbewegung“.

In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung waren es Not und unmenschliche Arbeitsbedingungen, die dazu beitrugen, dass immer mehr Menschen, trotz Repressalien der Arbeitgeber und der Regierungen, sich dieser guten Idee verschrieben und Mitglieder wurden.

Sie setzten sich ein, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und einen gerechten Lohn, von dem man auch Leben konnte.

Die Repräsentanten der Arbeiterbewegung waren zu diesem Zeitpunkt noch Arbeitnehmer wie wir, die Interessen der Arbeiter standen im Fordergrund und nicht Parteipolitik, Fraktionsdenken und Postenschacher.

Heute ist die Gewerkschaft unterteilt in Fraktionen und alles ist der Parteipolitik untergeordnet.

Nicht wir Arbeitnehmer bestimmen mehr, wer der zukünftige Präsident des ÖGB ist, sondern eine Partei deponiert offen ihre Wünsche, oder sagen wir besser ihre Forderungen und dieser wird Folge geleistet.

Entscheidungen im ÖGB werden heute nach parteipolitischen Interessen getroffen, die Bedürfnisse der Arbeiter werden hinten angestellt.

Jetzt steht der ÖGB und seine Fachgewerkschaften vor einen Scherbenhaufen, eine Arbeiterbewegung, die in jahrzehntelangen Kampf aufgebaut wurde, ist defakto bankrott.

Die BAWAG – Affäre ist jedoch nur die Spitze des Eisberges, denn wenn Machtstrukturen so aufgebaut werden, dass nur eine Fraktion und einige wenige Funktionäre, ohne effektive Kontrolle, über eine Organisation entscheiden können, so ist die heutige Situation kaum verwunderlich. Im ÖGB, wo man die Strukturen von Wirtschaft und Finanzen ohne weiters mit einem Großkonzern vergleichen kann, schalteten einige Wenige nach Lust und Laune und bedienten sich wie in einem Selbstbedienungsladen.

Während der kleine Arbeiter sich mehr als zweimal überlegen muss, ob er sich eine Anschaffung leisten kann, bekamen Gewerkschaftsfunktionäre fürstliche Gehälter bis zu 12.000 Euro.

Schulden von ungeheuren Ausmaß werden genannt, zwei vielleicht sogar drei Milliarden Euro,- fast unglaubliche vierzig Milliarden Schilling wurden verzockt, Gelder die den hunderttausenden Mitglieder gehören, sind ein für alle Mal verloren.

Pensionisten und Bedienstete kommen zum Handkuss – man rechnet, dass die Einnahmen aus dem Bawagverkauf die Schulden decken, heißt es aus der Führungsetage des ÖGB, gleichzeitig geisterte eine Berechnung des ÖGB durch die Medien, wo die Pensionszuwendungen für die Mitarbeiter um bis zu 70 % gekürzt werden sollen, von Kürzungen ihrer unglaublichen Gehälter, war jedoch kaum eine Rede!

Nun wird eifrig an der Schadensbegrenzung gearbeitet, es werde ein neuer modernerer ÖGB entstehen, mit mehr Mitsprache und Transparenz der Mitglieder.

Doch schon die Neuwahl des ÖGB-Präsidenten lässt Zweifel aufkommen, denn weder die Funktionäre noch die Mitglieder bestimmten hier, sondern die Parteizentrale der SPÖ.

In diesen Tonfall ging es auch in den letzten Monaten weiter, im Fordergrund stand eher eine Schadensbegrenzung der SPÖ, als eine Reform des ÖGB.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der unsere Spitzenfunktionäre die letzten Wochen beschäftigte war, wer in den Nationalrat einziehen darf, denn dies ist ja ein lukrativer Nebenjob.

Hier stellen sich mit recht viele Mitglieder die Frage, können jene die heute an der Spitze des ÖGB und somit großteils wieder jene sind, die schon vor einem Bawag – Skandal dort tätig waren eine Reform durchführen, oder wird wieder nur ein wenig Kosmetik betrieben und es bleibt alles beim Alten?

Eine glaubhafte Reform bedeutet: Urabstimmungen bei allen wichtigen Fragen, mehr Transparenz, Stärkung der Minderheitenrechte, eine größere Distanz zu den politischen Parteien, Direktwahl der Vorsitzenden und des Präsidenten und mehr Mitsprache der Betriebsräte und Personalvertreter die Vorort in den Betrieben sind und die Anliegen und Probleme der Mitglieder am besten kennen. Bezweifelt werden darf mit Recht ob in so einem Umfeld eine wirkliche Reform des ÖGB gelingen kann, man kann es allen leidgeplagten Mitgliedern nur wünschen, die einen starken ÖGB nötig haben.

Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB-Gemeinde

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

Impressum:

Redaktion: Gerhard Haupt, Roman Böhm-Raffay, Doris Grössinger, Ulrike Uhlik-Fettingner, Anna Treu
Johanna Kozak, Manuela Klein

Fotos: GLB-Archiv

Herausgeber und Verleger: Fraktion GLB-Gemeindebedienstete

Grafik, Satz u. Layout: Doris Grössinger, Angelika Badin

Druck: Druckerei Seitz, Wien 3.,

Redaktionsadresse: GLB-Gemeindebedienstete, Redaktion "Gemeindeforum", Wien 17., Elterleinplatz 6

Mail: glb-gemeinde@inode.at, Internetadresse: glb-gemeinde.at, Tel: 01/407 69 36

Bestellungen: Schriftlich an den GLB-Gemeindebedienstete. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen.

Das Redaktions- und Graphikteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG BLZ: 14000

Kontonummer: 01710003595

Leserbriefe sind willkommen!

Vom Buhmann zum Clown – eine Mutation - MA 67

Dass die Außendienstmitarbeiter der MA 67 – Parküberwachung, kurz Parksheriffs genannt, nicht wirklich zu den beliebtesten Mitarbeitern des Magistrats gehören, ist wohl hinlänglich bekannt. Sind sie doch allein schon durch ihre ureigenste Tätigkeit, nämlich das Abstrafen von zahlungsunwilligen PKW-Lenkern in der Kurzparkzone, bekannt und gleichermaßen gefürchtet.

Nun versucht man aber offensichtlich, den allzu „strengen“ Charakter unserer Kollegen durch die Hinzufügung einer weiteren, etwas erheiternd anmutenden, Aufgabe etwas abzumildern.

Wir alle kennen das – herrenlose Einkaufswagenln diverser Supermärkte, die das Straßenbild, bzw. die Wege in sehr vielen Gemeindebauten unserer Stadt bevölkern und somit eine ordentliche Optik befänglich stören. Nicht jeder verfügt schließlich über einen PKW, um damit die eingekauften Waren kommod bis zur eigenen Haustür transportieren zu können, und benützt dafür die gratis zur Verfügung stehenden Wagerln. Leider wird aber dann allzu oft darauf vergessen, sie auch ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückzubringen.

Den Supermärkten ihr Eigentum wieder zukommen zu lassen, dafür ist neben anderen privaten Dienstleistern auch die MA 48 zuständig. Weil jedoch die Kosten für diese Rückführaktionen seitens des Magistrats nicht ohne sind, hat man sich nun eine nahezu geniale Idee einfallen lassen, um unsere Mitbürger von der (illegalen) Mitnahme eines Einkaufswagens abzuhalten:

Man setzt dabei auf Bewusstseinsbildung....

Wird nun ein Mitarbeiter des Magistrats eines vermeintlichen Einkaufswagen-Entführtes ansichtig, so hat er diesen unverzüglich mittels einer vor die Nase gehaltenen ROTEN KARTE darüber aufzuklären, dass er gerade dabei ist, einen Diebstahl zu begehen und diese seine Untat keinen Kavaliersdelikt darstellt.

So weit, so schlecht. Würde uns dies in einem Kabarett präsentiert, könnten wir ja noch darüber schmunzeln oder gar lachen.

Was aber die Sache für die Mitarbeiter der MA 67 weniger lustig macht, ist die Tatsache, dass zwar in den

Medien verbreitet wird, die MA 48 führe diese Aktion durch, in Wirklich jedoch dürfen unsere Mitarbeiter für diese Kasperliade ihren Kopf hinhalten.

Man stelle sich folgende Situation vor:

Herr oder Frau XY verlässt ahnungslos mit vollgepacktem Einkaufswagen einen Supermarkt, um dessen Inhalt bis zum eigenen PKW, etc., zu transportieren. Plötzlich – es ist nicht ganz erkennbar, von welcher Seite aus – pflanzt sich ein blau uniformierter Mitarbeiter des Magistrats unmittelbar vor dem verdutzten Konsumenten auf, zückt wie im Länderspiel Österreich - Deutschland eine rote Karte, hält dieselbe dem verdutzten Mitbürger unter die Nase und belehrt ihn über die Gesetzesübertretung, die dieser gerade im Begriff ist, zu begehen.

Nun können wir über die zu erwartende Reaktion unseres geschätzten Konsumenten spekulieren – von Auslachen bis zu einer verbalen Attacke ist da alles drinnen, nicht zu vergessen diejenigen Mitbürger, die auch sonst nicht vor Gewalt gegen unsere Mitarbeiter zurückschrecken – wohlgesinnt und freundlich wird deren Reaktion wohl in keinem Fall ausfallen.

Womit (im günstigsten Fall) der Schritt vom ghassten Kontrollorgan zur Lachnummer mühelos vollzogen wäre....

Aber abgesehen vom Bild unserer Mitarbeiter in der Öffentlichkeit erhebt sich zudem schon auch noch die Frage, ob es tatsächlich die Aufgabe des Magistrats sein soll, als Verhinderer von Diebstählen aufzutreten.

Müssen wir demnächst damit rechnen, auch anderes privates Hab und Gut von Privatpersonen, welches sich zufällig auf der offenen Verkehrsfläche ungesichert befindet, bewachen zu müssen?

Ulrike Uhlik



Anträge des GLB – Gewerkschaftlicher Linksblock an den HA der HG 1

MA 67

Wir stellen den Antrag auf Zuerkennung einer
1. Gefahrenzulage
2. Erschwerniszulage
für die Außendienstmitarbeiter der KPZ, sowie der PÜG in der MA 67.

Begründung:

Ad. 1.

Die Außendienstmitarbeiter der MA 67 sind täglich den widrigsten Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt und zudem ständig in Gefahr, tätlich angegriffen zu werden. Leider kommt es in letzter Zeit immer häufiger vor, dass Bedienstete von Fahrzeuglenkern und sogar von unbeteiligten Personen körperlich attackiert werden.

Oft ist es durch die Parkordnung in den verschiedensten Strassen notwendig, die Kontroll-, bzw. Überwachungstätigkeit auch auf der Fahrbahn durchzuführen, was eine zusätzliche schwere Gefährdung durch den Straßenverkehr mit sich bringt.

In den meisten Fällen ziehen diese Dienstunfälle Spitalsbehandlungen nach sich und es sind tagelange oder auch wochenlange Krankenstände die Folge, was zu nicht unbeträchtlichen Gehaltseinbußen führen kann.

Ad. 2.

Unsere Bediensteten sind täglich den Emissionen des Straßenverkehrs ausgesetzt und auch sämtlichen Witterungseinflüssen. Im Sommer sind dies Temperaturen bis über 30 Grad, wozu noch die Belastung durch die erhöhten Ozonwerte und Feinstaub kommt, gegen die es keinen Schutz gibt. Im Winter müssen unsere MitarbeiterInnen gleichermaßen mit Minusgraden weit unter 0 Grad/Schneeglätte zurechtkommen.

MA 67 - Kostenübernahme für Impfungen

Wir stellen den Antrag auf Kostenübernahme einer freiwilligen Hepatitis-A/B – sowie einer Zeckenschutzimpfung für alle Außendienstmitarbeiter der Kurzparkzone (KPZ), sowie der Parkraumüberwachung (PÜG) der MA 67.

Begründung:

Gerade die KollegInnen im Außendienst der MA 67 sind durch ihre Tätigkeit einem extrem erhöhten Gefahrenpotential ausgesetzt, daher wäre es mehr als wichtig, zum Schutz der Bediensteten Präventionsmaßnahmen, in Form von freiwilligen Impfungen zu setzen.

Wir möchten daher auf die Wr. Linien (HG 4) verweisen, wo Bedienstete in ähnlichen Tätigkeitsbereichen (Fahr-scheinprüfer, Kontrolleure) solche Schutzimpfungen erhalten haben. Die Kosten dafür wurden großteils von der AUVA übernommen.

MA 10 – Dienstkleidung

Da die Regelung, 1 Jahr - 1 Dienstkleid (T-Shirt)/Folgejahr 2 Dienstkleider (T-Shirts) dann wieder nur 1 Dienstkleid usw. nicht ausreichend ist, wäre es wichtig, wenn unsere Bediensteten die Möglichkeit hätten „jedes Jahr“ 2 Stk. Dienstkleidung zu bekommen.

Weiters wäre es notwendig, den Mitarbeiterinnen, zusätzlich zu den T-Shirts auch wahlweise Röcke oder Hosen als Dienstkleidung anbieten zu können.

Begründung:

Gerade im Kinderdienst muss man ständig mit verschmutzter Kleidung rechnen, da hilft auch eine Schürze wenig, die keinen ausreichenden Schutz bietet.

MA 10 – Arztbesuche

Notwendige Arztbesuche sind in der MA 10 nur gegen Überstundenrücknahme, Dienstaustausch oder in der Freizeit möglich. Es kann nicht sein, dass man deswegen, oft dringende Arztbesuche monatelang hinausschieben muss oder im schlimmsten Fall gar nicht wahrnehmen kann.

Da unsere Kolleginnen sicher nicht ohne triftigen Grund zum Arzt müssen, muss es auch möglich sein, bei Bedarf in der Dienstzeit, einen Arztbesuch zu tätigen.

Begründung:

Dienstaustausch oder Überstundenrücknahme ist oft nur sehr schwer oder gar nicht möglich und Wechseldienst ermöglicht noch lange nicht, dass man auch wirklich einen Arzttermin erhält.

Weiters ist es für die Bediensteten auch nicht zumutbar, wenn der Arzttermin länger dauerte, (was durch eine Zeitbestätigung bewiesen werden kann) und sie dadurch später zum Dienst erscheinen, Überstunden zurückgenommen werden müssen.

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

WAHLTAG ist ZAHLTAG - aus für Wolfgang Schüssel



Das österreichische Volk hat beschlossen, 6 Jahre einen Kanzler Schüssel zu ertragen ist mehr als genug.

„Besser bleiben“, war der abgehobene Slogan des Wolfgang Schüssel, 6 Jahre lang wurde die Mehrheit der Bevölkerung nach Strich und Faden geschröpft, während inländische und ausländische Großkonzerne auf der Sonnenseite standen. Österreich wurde unter Schüssel eine Insel der Seeligen für sie.

Auf der Strecke jedoch blieben jene, die Monat für Monat jeden einzelnen Cent dreimal umdrehen müssen, dafür sorgten schon die so genannten „Reformen“ oder vielmehr Belastungen der nunmehr abgewählten Regierung.

Egal ob Gesundheitsreform, Pensionsreform, die versprochene aber nicht eingehaltene Steuerentlastung für die „kleinen Bürger“ – „Für jeden 1000 € mehr!“ war eine LÜGE! Bildung, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Teilprivatisierungen von Telekom und Post, Zerschlagung der ÖBB, Ausverkauf von verstaatlichten Betrieben wie z.B die Voestalpine, Kauf der Eurofighter, Neutralitätsfrage, Preissteigerungen usw. - all dies geschah zum Nachteil und Schaden der Bevölkerung.

NEUE FAIRNESS BRAUCHT DAS LAND – sagt die SPÖ! Wie aber soll die aussehen, wenn auch die SPÖ der so genannten Pensionsreform zustimmte und somit auch der großen Umverteilung aus Steuereinnahmen aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung hin zu den Großverdienern und Spitzenkonzernen.

Es heißt immer nur, ES IST ZU WENIG GELD DA, gleichzeitig sagt aber der Finanzminister, dass er um !!1

Milliarde!! mehr Steuereinnahmen haben wird. Das, ist die eigentliche Frechheit, es wird so getan als wäre für die Menschen in Österreich kein Geld da, gleichzeitig aber werden Eurofighter bestellt, Großkonzerne extrem steuerbegünstigt, die eigenen Gehälter schamlos bis zu 100% selbst erhöht, usw. . .

Dies alles, möge man doch bitte einmal einer Mindestpensionistin erklären, die sich aus Geldnot von Katzenfutter und Abfällen ernähren muss – und das ist tatsächlich bittere Realität in unserem Land.

WOHLSTAND MUSS GERECHT VERTEILT WERDEN -

jetzt ist abzuwarten, ob die SPÖ, wenigstens an einigen ihren vollmundigen Wahlversprechen festhält.

Deren Liste reichte von der Abschaffung der Studiengebühren, Reformierung der Gesundheitspolitik, Korrektur der Pensionsreform, Reformierung des Bildungsbereiches, Förderung der Elternteilzeit, flexibles Kindergeld, der Forderung nach gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, Existenzsicherung und JOBS!!!!

Die Zeit der Experimente muss vorbei sein, Österreich braucht eine stabile, vertrauenswürdige Regierung, die auch zur Bevölkerung hält. Es bietet sich nur eine große Koalition als stabile Regierungsform an – alles andere wäre Betrug am Wähler!!!



Doris Grössinger

Außer Spesen – nichts gewesen!!

Bilanz der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

Das Wichtigste schon vorweg – die österreichische Ratspräsidentschaft wird von politischer Sicht aus, sicher nicht in die EU-Geschichte eingehen und daß Österreich, als „das“ gastfreundlichste EU Land schlechthin gepriesen wurde – natürlich auf unser aller Kosten – bringt uns auch nicht sonderlich viel weiter.

In Wirklichkeit war das Ganze sowieso nur ein perfekt inszeniertes Kasperltheater, denn wer glaubt, dass das jeweilige Präsidentenland diese EU „führe“ irrt gewaltig! Unser Österreich saß in Wahrheit dem Rat - nur vor -, denn es wäre fatal und die EU könnte das gar nicht überleben, wenn der Karren alle 6 Monate in eine andere Richtung gezerrt werden würde.

Sehr wohl aber, kann ein EU-Präsident Kompromisse herbeiführen, aber auch diese Möglichkeit hat Wolfgang Schüssel nicht wirklich wahrgenommen, so ganz nach dem Motto:

„Nur net an 'streifen – Mozartkugeln und Kaiserschmarren tun es auch“!!!

Schüssel, Plassnik und Co. war es anscheinend lieber den EU-Rat mit kulturellen und kulinarischen Genüssen ausreichten zu versorgen, als dringende Themen wie z.B. Arbeitszeitrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie, EU-Verfassung, Sozial- u. Gesundheitspolitik und Beschäftigungspolitik auf's Tablett zu bringen.

Punkto Dienstleistungsrichtlinie wurden zwar anfangs gute Ansätze gezeigt, aber was bringen die, wenn man auf halbem Weg wieder stehen bleibt, indem man in ganz wesentlichen Punkten hinter den Forderungen der Gewerkschaft zurück bleibt. (z.B. Unklarheiten bei Diensten im Sozial- und Gesundheitsbereich, Maßnahmen bei der Schaffung grenzüberschreitender Kontrollverfahren, Überwachung bei Dienstleistungsunternehmen aus einem anderen EU-Land usw..)

Mager auch die Bilanz der Außenpolitik: Den schwärzesten Schatten auf die EU-Präsidentschaft werfen wohl die Zustände im Nahen Osten. Durch

den Wahlsieg der HAMAS war eine nicht bewältigbare Gratwanderung auf die Europäische Union zugekommen, sie war es nämlich, die der Hauptfinanzier der Palästinenser war. Respekt oder Einfluss hat sich die EU als Zahler nicht erwerben können und die Wiederbesetzung des GAZA-Streifens und der darauf folgende, logische Krieg mit Israel werfen einen grausamen schwarzen Schatten auf das Ende der österreichischen Präsidentschaft. Kein Wunder also, wenn man darüber nicht besonders laut spricht!

Auch im gefährlichen Konflikt um die iranische Atompolitik, konnten wir so gut wie nichts ausrichten.

Ironie am Rande: Die 5 wichtigsten Außenminister tagten bei uns, über den Iran Konflikt – ohne dass Österreich, als EU-Ratspräsidentschaftsland, mit am Tisch gesessen wäre. Tja, so wichtig sind wir!!! Eigentlich könnten wir ja gleich aus der EU austreten, wahrscheinlich würde das nicht einmal jemandem auffallen, außer unseren EU-Komparsen, wenn sie auf den Gehaltsscheck schauen.

Fazit: Weder hat die österreichische Präsidentschaft auf eine grundlegende Änderung der Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien gedrängt, noch hat sie nachhaltige Akzente bei der europäischen Beschäftigungspolitik setzen können und bzgl. EU-Verfassung schlafen jetzt sowieso ALLE bis Mitte 2007. Weiters ist bei einschneidenden Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik auch nichts passiert.

So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn Insider von der „ruhigsten EU-Präsidentschaft“ seit langem reden!

Diese Ruhe ist allerdings kein Zeichen der Gelassenheit, sondern eines der Unfähigkeit der abgewählten Regierung.

Doris Grössinger



Eine Frage der Ehre

Anlässlich der 16. Landeskonferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten brachte der GLB unter anderem den folgenden, mit der Überschrift „Neoliberale Stadtpolitik“ betitelten Antrag ein:

Die Wiener Stadtregierung betreibt seit Jahren eine extrem neoliberale Politik zum Schaden der gesamten Bevölkerung.

Die 16. Landeskonferenz fordert daher

- **die Erhaltung öffentlicher Verkehrsanbieter,**
- **keine weitere Privatisierung und Abbau von Sozialdiensten,**
- **die Erhaltung sämtlicher öffentlicher Krankenanstalten sowie Abgehen von betriebswirtschaftlichen Kriterien in öffentlichen Krankenanstalten und Geriatriezentren,**
- **den freien und kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen (z.B. Konservatorium der Stadt Wien),**
- **den sofortigen Stopp aller Maßnahmen, die der Vorbereitung der Privatisierung oder Ausgliederung öffentlicher Dienste dienen.**

Die Antragsprüfungskommission, in die ich den GLB vertreten habe, hat diesen Antrag mit den Stimmen der FSG zur Ablehnung empfohlen.

Und zwar nicht etwa des Inhaltes wegen – ähnliche Anträge von beinahe allen anderen Fraktionen wurden zur Annahme empfohlen und bei der Konferenz auch angenommen – sondern wegen der Präambel.

Auf meine Frage, ob die Aussage, daß die Wiener Stadtregierung eine neoliberale Politik betreibt, inhaltlich falsch sei, meinte ein hochrangiger FSG-Vertreter: „Na ja, falsch ist das nicht unbedingt, aber so können wir das nicht annehmen... Du verstehst sicher...“

Ich verstand. Die FSG konnte und wollte ihrer Mutterpartei SPÖ nicht zu nahe treten.

Im Vertrauen darauf, daß es unter den rund 300 FSG-Delegierten doch wenigstens eine oder einen geben müsse, der keine Scheu davor hat, die Wahrheit zu sagen, ließ ich diesen Antrag zur Einzelabstimmung bringen.

Ich habe mich geirrt.

Der Korpsgeist, dieses unsägliche Relikt aus einer unrühmlichen Vergangenheit, zählt in der FSG/SPÖ immer noch mehr als charakterliche Integrität, Ehrlichkeit und der Mut zur Wahrheit.

Der Antrag wurde somit mit den Stimmen der FSG abgelehnt.

Wie unter diesen Voraussetzungen eine Reform des ÖGB im Interesse aller MitgliederInnen zustande kommen soll, ist mir schleierhaft.

Es schaut nicht gut aus für die Zukunft, meint Euer

Gerhard Haupt

G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m

KFZ – Versicherung mit GLB – Rabatt Günstiger geht's nimmer!

Für alle Wiener Linienbediensteten und deren Angehörige, konnte der GLB die günstigste KFZ – Versicherung aushandeln!

Z.B.: Männlich, 35 Jahre, VW Golf, Bj. 2000, 85 KW, Versicherungssumme 15 MIO.

Jahresprämie: Stufe 0...364,97 € Stufe 4...438,58 € Stufe 6...500,80 €
Stufe 8...626,45 € Stufe 9...626,45 €

Vergleichen macht sich bezahlt, sende deine Daten einfach ein und du bekommst die derzeit günstigste Versicherungsvariante!

Notwendige Daten: Geschlecht, Alter, Bonusstufe, Fahrzeug Art/Type/KW und bei Kasko Preis des PKW.

Frau Bettina Schwarz

Tel. 01/897 13 13 / Mobil: Herr Meidl 0676 86977750 ; FAX: 01/897 13 13 33

E-Mail: bettina.schwarz@allfinanzcenter.at

1150 Wien, Mariahilferstraße 167/9 Bürozeit MO – DO von 9.00 – 17.00

WINTERURLAUB 2007/ELLMAU TIROL

Im Viersternhotel Christoph/ Ellmau TIROL (10 min. v. Kitzbühel)
mit dem größten zusammenhängenden Skigebiet Österreichs, mit 250 Pistenkilometern!!!!!!

Liebe Freunde, Kollegen und Kolleginnen!
Ich freue mich, Euch für unseren schon traditionellen Skiurlaub folgendes anbieten zu können:

17. März bis 24. März 2007

ZIMMER: Doppel-, bzw. Dreibettzimmer

LEISTUNGEN: Übernachtung in Komfortzimmern DU/WC oder Bad/WCSa

- . Empfangscocktail
- . reichhaltiges Frühstücksbuffet
- . Wahlmenü am Abend mit Vorspeisen- und Dessertbuffet
- . inklusive Wein- Bier, und alkoholfreie Getränke zum Abendessen
- . tägliche Skijause in der Zeit von 16 bis 17 Uhr
- . 1x Bauernbuffet
- . 1x festliches Galabuffet
- . 1x Nudel und Fischbuffet
- . kostenlose Benützung der Freizeitanlage wie Hallenbad, Sauna Whirlpool, Dampfbad, Squash, Fitness-Raum, Tischtennis
- . kostenloser Bademantelverleih



PREIS: € 55,— pro Person/ Tag
Kinder von 0-4 Jahre GRATIS, 4-13 Jahre € 21,—/Tag

ANZAHLUNG: **Pro Person € 150,—** auf
BAWAG Kto.Nr. 01710787138 BLZ. 14000

ANMELDUNG UND ANZAHLUNG BIS 10. DEZEMBER 2006

Bei bestehendem Interesse auch Bustransfer möglich.

Anfragen bei Eva Harrer Tel.0699 10339070 oder Doris Grössinger 0664/41 49 853

P.b.b. Verlagspostamt Wien 1170
ZVR-Zahl: 142746142
Zulassungsnummer: 03Z035399